

Raumordnung für A 39 steht

Lüneburger Ostumgehung zur Autobahn bleibt umstritten

LÜNEBURG (DPA). Das Raumordnungsverfahren für die umstrittene Autobahn 39 von Lüneburg nach Wolfsburg ist abgeschlossen. Auch für die als Verbindung zur geplanten A 14 von Schwerin nach Magdeburg konzipierte Bundesstraße 190 liege nun die so genannte landesplanerische Feststellung vor, teilte die Regierungsvertretung Lüneburg gestern mit. Die bedeutendste Änderung gegenüber der 2006 vorgelegten Planung ist der Ausbau der Lüneburger Ostumgehung zur Autobahn.

Mit der A 39 sollen das nordöstliche Niedersachsen besser an das Autobahnnetz an-

geschlossen und Gemeinden an der B 4 vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Gleichzeitig erhoffen sich die Planer wirtschaftliche Effekte durch die Vernetzung der Gewerbegebiete und Häfen in Lüneburg, Uelzen, Wittingen und Wolfsburg. Die Autobahngegner, die sich zu einem Dachverband zusammengeschlossen haben, bestreiten einen Vorteil für die regionale Wirtschaft und befürchten sogar einen Abfluss von Kaufkraft. In Lüneburg regt sich Widerstand gegen die zusätzliche Lärmbelastung auf der Ostumgehung. Anwohner fürchten einen Wertverlust ihrer Häuser.

WK 25.8.07 Seite 15